6. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004 vom

Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30.06.2009 (GV. NRW. 2009 S. 380) hat der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 10.09.2009 folgende Änderung der Hauptsatzung beschlossen:

Artikel 1

§ 14 erhält folgende Neufassung:

„§ 14 Integrationsrat

- (1) Es wird ein Integrationsrat gebildet, der die besonderen Interessen der nichtdeutschen Bevölkerung Bielefelds vertritt. Der Integrationsrat hat insbesondere die Möglichkeit, sich an allen wichtigen Angelegenheiten, die die Interessen der Migrantinnen und Migranten berühren, zu beteiligen. Er kann zu allen, die Migrantinnen und Migranten als solche betreffenden Angelegenheiten Vorschläge machen und Anregungen unterbreiten. Er hat die Möglichkeit einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit.
- (2) Der Integrationsrat besteht aus insgesamt 25 stimmberechtigten Mitgliedern. 17 stimmberechtigte Mitglieder und ihre persönlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden durch Urwahl, 8 Mitglieder mit Stimmrecht und ihre persönlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden vom Rat gewählt (Ratsmitglieder).
- (3) Auf Antrag des Integrationsrates ist eine Anregung oder Stellungnahme des Integrationsrates dem Rat, einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss vorzulegen. Die/Der Vorsitzende des Integrationsrates oder ein anderes vom Integrationsrat benanntes Mitglied ist berechtigt, bei der Beratung dieser Angelegenheit an der Sitzung teilzunehmen; auf ihr/sein Verlangen ist ihr/ihm dazu das Wort zu erteilen.
- (4) Der Integrationsrat soll zu Fragen, die ihm vom Rat, einem Ausschuss, einer Bezirksvertretung, von der Oberbürgermeisterin oder vom Oberbürgermeister vorgelegt werden, Stellung nehmen.
- (5) Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister leitet alle Vorlagen und Anträge, die die besonderen Interessen der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner berühren können, vor der Beratung im Rat, in Ausschüssen oder Bezirksvertretungen über das Amt für Integration und kulturelle Angelegenheiten dem Integrationsrat zur Behandlung zu. Ausschüsse und Bezirksvertretungen beraten diesen Punkt in der Regel erst, wenn dem Integrationsrat mindestens einen Monat Zeit zur Stellungnahme gegeben worden ist.
- (6) Der Integrationsrat kann Fragen an die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister richten. Diese sind wie Anfragen gemäß Geschäftsordnung des Rates zu behandeln und in der nächsten Sitzung des Integrationsrates zu beantworten.

- (7) Über die dem Integrationsrat zur Erledigung seiner Aufgaben zur Verfügung zu stellenden Mittel wird im Rahmen des Haushaltsplanes entschieden. Der Integrationsrat kann dazu Vorschläge und Anregungen geben.
- (8) Weitere Einzelheiten zum Integrationsrat ergeben sich aus der Satzung und der Wahlordnung für den Integrationsrat.
Die Regelungen der Geschäftsordnung des Rates hinsichtlich der Ausschüsse gelten analog für den Integrationsrat.
- (9) Die Oberbürgermeisterin/Der Oberbürgermeister (Amt für Integration und kulturelle Angelegenheiten) führt die Geschäfte des Integrationsrates.“

Artikel 2

Artikel 1 tritt nach dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

- (1) Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,
- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt;
 - b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden;
 - c) die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
 - d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Bielefeld vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.
- (2) Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Bielefeld, den .